

Die „Welt“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Feiertagen nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung (ins Haus für Ost-Berlin 10 Mk., sonst 12 Mk.) pro Woche 1,20 Mk., pro Monat 3,60 Mk., pro Vierteljahr 10,80 Mk., pro halbes Jahr 21,60 Mk., pro Jahr 43,20 Mk. (Postzuschlag 20 Pfg.). Einzelhefte 10 Pfg. (Postzuschlag 5 Pfg.).

Die wichtigsten Kampfschlüsse über den Kampf um die Einheitlichkeit der Bewegung sind: 1. Die Einheitlichkeit der Bewegung ist die Voraussetzung für die Durchsetzung der Interessen der Arbeiterklasse. 2. Die Einheitlichkeit der Bewegung ist die Voraussetzung für die Durchsetzung der Interessen der Arbeiterklasse. 3. Die Einheitlichkeit der Bewegung ist die Voraussetzung für die Durchsetzung der Interessen der Arbeiterklasse.

Die Welt

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Ansturm der Arbeiterklasse

Zwei Todesopfer in Potsdam / Die wahren Ursachen des blutigen Ereignisses

Fort mit dem Schießerlaß!

Wiederm ist Arbeiterblut geflossen. Bei der gestrigen Demonstration in Potsdam sind durch die Revolvergeschüsse eines Polizeibeamten zwei Arbeiter getötet worden. Die begriffliche Erregung über diesen Vorfall darf uns aber nicht daran hindern, in sachlicher Weise seine Ursachen aufzudecken. Das eine steht fest, daß die Zwischenfälle keinen ersten Abschluß gefunden hätten, wenn nicht noch der Heinesche Schießerlaß bestände. Darum muß die erste Forderung der Arbeiter sein, daß dieser Schießerlaß sofort aufgehoben wird. Es muß dieser Schießerlaß sofort aufgehoben werden. Es muß dieser Schießerlaß sofort aufgehoben werden. Es muß dieser Schießerlaß sofort aufgehoben werden.

In ihrer Sonntagsausgabe hatte die „rote Fahne“ die Schikarte für das disziplinslose Vorgehen ihrer Anhänger bereits ausgegeben. Auf der ersten Seite konnte man lesen: „Kein Auftreten der Orgeschweden, ohne daß die Arbeiterklasse sie von der Bildfläche verjagt!“ Das konnte den Lesern des Blattes nicht anders aufgefaßt werden, als ob jeder einzelne Teilnehmer an der Demonstration das Recht habe, mit Polizeibeamten und Reichswehrsoldaten eine Prügelei zu beginnen und „Revolution“ auf eigene Faust zu machen. Es hat sich wiederum gezeigt, daß nicht die Anstifter für solche Disziplinslosigkeiten die Folgen zu tragen haben, sondern daß sie in anderen Kreisen der Arbeiter ihre Opfer finden.

Wenn wir also auch nicht die Fehler entschuldigen und beschönigen wollen, die von einzelnen disziplinslosen Arbeitern begangen worden sind, so muß doch mit aller Schärfe hervorgehoben werden, daß auch gestern wiederum einzelne Polizeibeamte sich ihrer Aufgabe nicht gewachsen gezeigt haben. Es gibt noch andere Mittel als Schießereien, um vorkommende Zwischenfälle zu beenden.

Unsere Genossen müssen aus diesen Vorkommnissen die notwendigen Schlüsse ziehen. Der gestrige Sonntag hat gezeigt, daß die kommunistische Parteileitung ihre Leute nicht in der Hand hat. Jeder Kommunist glaubt auf eigene Faust vorzugehen zu können. Die Führer, die zur Vernunft rufen, werden beschimpft. Mit solchen Elementen können keine gemeinsamen Demonstrationen mehr gemacht werden. Bei allen kommenden Demonstrationen müssen unsere Genossen darauf sehen, daß den Anordnungen der Ordner unbedingt geoligt wird. Wenn einzelne Personen glauben, davon abweichend, besondere Weisungen ergehen lassen zu können, so müssen diese rüde los entfernt werden. Nur dann können Demonstrationen den beabsichtigten Verlauf nehmen und ihren Zweck erfüllen.

Bei der kommunistischen Partei scheint aber trotz der gestrigen Vorgänge nicht die Absicht zu bestehen, für die Zukunft die Aktionen einheitlich und geschlossen zu gestalten. Obwohl gerade die kommunistischen Leute gestern dem Hauptangriff ihrer Mitglieder ausgeetzt waren, konnte sie sich am Schluß der Demonstration nicht zu der unbedingt notwendigen Beurteilung der Disziplinlosigkeiten anstellen. Im Gegenteil, Friesland, der genau wußte, daß ein gemeinsamer Besuch der Luftschiffhalle und eine gewalttätige Sprengung der Tannenbergfeier ein großes Blutbad zur Folge gehabt hätte, erklärte abends im Lustgarten, daß die Kommunisten es trotzdem beabsichtigt hätten und nur durch die Leitung der S. P. D. und der U. S. P. D. daran gehindert worden seien. Wir sind der Meinung, daß ein Blutbad in Potsdam unter allen Umständen hätte verhindert werden müssen. Das Proletariat darf seine Kräfte nicht in zweifelsvollen Aktionen verfrachten. Auch ohne eine gewalttätige Sprengung der Potsdamer Tannenbergfeier hat das Bürgerium gestern einsehen müssen, daß die Geduld der Arbeiterklasse zu Ende ist, daß Provokationen nicht mehr hingenommen werden, sondern daß die

gesamte Arbeiterklasse geschlossen gegen die Reaktion den Kampf aufzunehmen gewillt ist.

Der Verlauf der Kundgebung

In der Hochburg der schwarzen Reaktion, in Potsdam, der sprichwörtlichen Stadt der Fädelhauben und des rüchdünstigen „preussischen“ Geistes, da wollten sich die prominenten Vertreter der Reaktion abermals ein Stellbildchen geben. Sie wollten wieder einmal „feiern“. Diesmal sollte die Tannenbergfeier die Gelegenheit zu einer neuen unumschlichen Kundgebung geben, wie wir sie in der letzten Zeit so oft erlebt haben.

Es kam aber anders. Die Arbeiterklasse Berlins hat ein kräftiges Wortlein mitgeredet und den monotonen und hakenkreuzbewehrten Gesellen ihre Kraft und ihren Willen gezeigt.

Zu Sehntausenden war das Proletariat dem Rufe der Parteileitungen gefolgt, um Protest einzulegen gegen die neuerlichen blutigen Provokationen der Konterrevolution.

Potsdam drohte unter dem wuchtigen Schritt der Arbeiterbataillone. Ruhe und geschlossen rüdten die Massen des Proletariats an und zogen in die verschiedenen Säle, die ihnen zugewiesen wurden. Am Mittag konnten diese die Menge von Demonstranten nicht mehr fassen. Immer neue Massen marschierten auf, und immer neue Lokale mühten ihren Raum hergeben.

Um 3 Uhr, als in allen Sälen und Gärten eine drängende Fülle herrschte, wurden die Versammlungen eröffnet. Von unserer Partei sprachen die Genossen Otto Meier, Krille, Küter, Dahle, Fiebigel und andere. In martialischen Worten kennzeichnete sie das Treiben der Reaktion, die immer brutaler und offener ihre Ziele verfolgt. Das Proletariat darf nicht länger tatenlos beiseite stehen. Es muß der reaktionären Würdigergeißel, die immer treuer ihr Haupt erhebt, mit derselben Schärfe und Entschiedenheit entgegenzutreten. Auch die Rechner der anderen sozialistischen Parteien äußerten sich in der gleichen Weise. Für die S. P. D. sprach u. a. Eugen Brüdner, während von den Kommunisten Siederer, Friesland und Rost Wolffstein das Wort ergrißen.

In allen Versammlungen wurde der entschiedenen Forderung Ausdruck gegeben: Bis hierher und nicht weiter.

Nach dem Schluß der Kundgebungen formierte sich ein riesiger Demonstrationzug, der sich durch die Straßen des reaktionären Potsdam bewegte. Hier bot Potsdam solche Menschenmengen gesehen. In voller Ruhe und Ordnung zogen die ungeheuren Züge durch die Stadt und gaben den Potsdamer Speichern einen gründlichen Beweis von der proletarischen Macht.

Der Demonstrationzug hätte am Bahnhof einen ruhigen Abschluß gefunden, wenn nicht eine unfsinnige Schießerei vor sich gegangen wäre, über die wir an der andern Stelle berichten.

Dadurch bemächtigte sich der Teilnehmer eine ungeheure Erregung, die sich in einer so lebhaften Weise äußerte, daß man das schlimmste befürchten konnte. Nur der Ruhe unserer Genossen war es zu verdanken, daß sich der größte Teil der Anwesenden im Lustgarten sammelte und nicht unüberlegte Handlungen vornahm. Gen. Fiebigel forderte auf, die Ruhe zu bewahren und im Lustgarten auszuhalten, bis das Ergebnis der Verhandlungen bekannt ist, welche unsere Genossen Otto Meier, Krille und Friesland von der S. P. D. mit dem Polizeipräsidenten hatten.

Nach einer geräumigen Zeit erschien Friesland und gab einen Bericht, wonach der Polizeipräsident eine Untersuchung versprochen, aber verzögerte, die inzwischen doch vor sich gehende Tannenbergfeier zu verhindern. Das löste wiederum eine große Erregung aus. Ein Teil der Demonstranten wollte nun zum Luftschiffhafen ziehen und die dortigen Reaktionen sprengen. Bedauerlicherweise ließ sich Friesland von vielen Gedankengängen treiben und polemisierte gegen die S. P. D. und die U. S. P., die angeblich diesem berechtigten Wunsch nicht Rechnung getragen hätten und dadurch die Demonstration wertlos gemacht hätten. Dieses Treiben der Kommunisten ist im so verwerflicher, als es den Teilnehmern nicht entspricht. Wahr ist vielmehr, daß auch einzelne Kommunisten das Unfsinnige dieser Handlungsweise einsehen. Ein Herankommen an den Luftschiffhafen war nicht möglich, da die Schupo das ganze Gelände abgesichert hatte und der Polizeipräsident erklärte, daß er mit allen Mitteln gegen einen solchen Versuch vorgehen würde. Das hätte weitere Todesopfer bedeutet.

Diese Einsicht griff auch bei allen Teilnehmern Platz. Nach einigen anfeuerungden Schlussworten zogen sich die Menschenmengen in Bewegung und gelangten unangefochten und ruhig zum Bahnhof.

Die Verhandlungen mit dem Potsdamer Polizeipräsidenten

Nachdem infolge der Ermahnung des Abgeordneten Eizberger sowie durch die letzten Vorgänge in Zeitz und Brandenburg die Erregung in der Arbeiterklasse aufs Höchste gestiegen war, wurde durch eine Verfügung des Ministers des Innern Dominicus die Tannenbergfeier in Potsdam verboten, und ebenso auch alle Gegendemonstrationen. Die Arbeiterorganisationen waren aber, nachdem alle Vorbereitungen zu einer wuchtigen Kundgebung getroffen waren, nicht mehr in der Lage, von ihren Veranstaltungen zurückzutreten, weil keine Möglichkeit mehr bestand, die einzelnen Organisationen von der Fahrt nach Potsdam abzuhalten.

In langwierigen Verhandlungen, die sich bis in die späten Nachstunden des Sonntags hinzogen, erklärte der Polizeipräsident

den von Potsdam, von Ziemisch, den Vertretern der Arbeiterklasse, daß er die Demonstration nicht zulassen werde. Als aber am Sonntag die Fern- und Vorortzüge immer neue Massen heranbrachten, nahmen die Parteileitungen die Verhandlungen von Neuem auf. Es wurde nun vereinbart, daß in verschiedenen Lokalen Versammlungen stattfinden können, an die sich ein Demonstrationzug durch die Stadt anschließen solle, um so die Massen wieder nach dem Bahnhof zu lenken. Eine Versammlung unter freiem Himmel, sowie ein Zug nach dem Luftschiffhafen, wo die Tannenbergfeier verhalten werden sollte, wurde der Polizeipräsident mit allen Mitteln verhindern. Diese Abmachungen sind dann auch beiderseits innegehalten worden.

Ein blutiger Zwischenfall

Bei der Demonstration sind leider auch Fehler gemacht worden, Fehler, die umso schwerwiegender sind, weil dadurch die einheitlichen Aktionen des Proletariats gegen die Reaktion an Stohkraft verlieren müssen. Es sollte selbstverständlich sein, daß alle Demonstranten den Parolen ihrer Leitung und den Anweisungen ihrer Ordner unbedingt Folge leisten. Das war leider bei der gestrigen Demonstration nicht der Fall.

Schon in den Lokalen, in den die Versammlungen abgehalten wurden, zeigte es sich, daß ein Teil der anwesenden Kommunisten glaubte, unabhängig von den Weisungen der Leitung eine Sonderaktion vorzunehmen zu können. Noch während die Leitungen bei gemeinsamen Verhandlungen saßen, verlangten sie von den Demonstrationssteilnehmern ihnen nach der Luftschiffhalle zu folgen. Als sie damit keinen Erfolg hatten, versuchten sie nach Eröffnung der Versammlungen die Referenten am Reden zu verhindern. Im Lokal Neue Welt wurde der 1. Referent Brüdner (S. P. D.) unterbrochen, als er die Abmachungen der Parteien bekannt gab. Auch während der Rede des Genossen Küter versuchten einige Kommunisten einen Sonderplan durchzuführen. Eberlein (K. P. D.) ging mit diesen disziplinslosen Elementen scharf ins Gericht, er sagte, daß die Parteileitung von allen Kommunisten unbedingte Gefolgschaft verlange. Er würde alle Sidrantriede der einheitlichen Aktion durch die Partei zur Rechenschaft ziehen.

Nach der Formierung des Demonstrationzuges konnten sich die Ordner nur mit Mühe durchsetzen.

Die Schupo hatte sich während der Demonstration ziemlich zurückgehalten. Das Bestreben des Potsdamer Polizeipräsidenten, Zusammenstöße zu vermeiden, wäre unseres Erachtens nach auch von Erfolg gewesen, wenn alle Demonstrationssteilnehmer im Zuge geblieben wären, und den Weisungen der Ordner gefolgt wären.

Ein kleiner Trupp, der sich vom Zuge entfernt hatte und durch eine Seitenstraße zog, war von Reichswehrsoldaten belästigt worden. Schupobeamte verlangten, die mitgeführte rote Fahne zu entfernen. Auf Verlangen von anderen hinzugekommenen Demonstranten wurde von der beabsichtigten Feststellung abgesehen. Die eigentlichen Urheber des Zwischenfalls, die Reichswehrsoldaten, wollten nunmehr flüchten, einige Arbeiter eilten diesen daraufhin nach. Die Reichswehrsoldaten hatten bereits ein Haus erreicht, ein Schupobeamter, der sie beschützen wollte, trat als letzter in den Hofeinfahrt. Am Eingang zog er die Waffe und gab 5 Schüsse ab. Zwei der Verfolger, die noch mindestens 10 Meter entfernt waren, stürzten tödlich getroffen zu Boden. Schupobeamte, die sich bei dem Vorfall in ziemlich großer Zahl in der Nähe befanden, sperrten sofort den Tator ab.

Die erregte Menge wollte sich nun auf diesen Beamten stützen, nur durch das Dazwischentreten anderer Genossen konnte ein größeres Blutbad verhindert werden. Die Schießerei hätte auf jeden Fall verhindert werden können und müssen. Der Beamte befand sich nicht in Notwehr, er war bereits in Sicherheit. Es hat sich auch bei der Demonstration sonst gezeigt, daß die Schupobeamten auf Grund ihrer verkehrten Schulung sich für sehr verantwortlichen Dienst nicht eignen. Fast alle sind überaus ängstlich und nervös, bei jedem geringen Vorfall haben sie die Waffe in der Hand, und drohen, von ihr Gebrauch zu machen.

Der Heinesche Schießerlaß ist noch immer nicht aufgehoben. Die Beamten glauben ihre Autorität nur mit der Waffe wahren zu können. Bei den verschiedensten Vorfällen hat es sich gezeigt, daß dadurch Menschen getötet wurden. Der Schießerlaß muß daher sofort aufgehoben werden.

Die Auswahl und Schulung der Beamten darf nicht nach militärischen Gesichtspunkten erfolgen, sondern älteren, verantwortlichen Leuten unter geeigneten Führern muß der wichtige Straßendienst übertragen werden.

Die beiden Toten sind die Genossen N. Regener, Sieglitz, Kommandant 56 und Friedrich Hemei, Berlin, Wallstr. 1.

Verhinderte deuffchnationale Kundgebung

Magdeburg, 29. August. (M. T. B.) Eine vom Verein für das Deutschtum im Auslande in Neuhaldensleben für Sonntag abend eberufene Versammlung, in der General von Lettow Vorbed über den Feldzug in Ostafrika sprechen sollte, wurde von den Anhängern der Linksparteien verhindert. Diese hatten bereits längere Zeit vor Beginn der Versammlung in Hunderten den Saal besetzt. Da aukerdem vor dem Versammlungslokal eine große Menschenmenge eine drohende Haltung annahm, so daß Zusammenstöße zu befürchten waren, wurde die Versammlung abgeoligt. Erst nach langer Zeit trat wieder Ruhe ein.

Wir brauchen die Tat!

Mittwoch wird in ganz Deutschland die Arbeiterschaft aufmarschieren. In geschlossener Front! Zum ersten Mal wieder seit den Rapptagen und diesmal planmäßiger und mit dem entschlossenen Willen, die Einheit im Kampfe gegen die Reaktion aufrechtzuerhalten, bis die Feinde der Republik, die Organisatoren des Mordmordes, die deutschnationalen Hezer zum Bürgerkrieg, die militaristischen Verschwörer zu Boden geschmettert sind.

Zugleich mit unserer Parteileitung veröffentlicht der Parteivorstand der Rechtssozialisten einen energischen Aufruf zur Demonstration gegen den politischen Mord und zum Schutz für die Republik. Das Bewußtsein, daß die Arbeiterschaft jetzt erfüllt, nunmehr mit der ganzen Wucht, die die Geschlossenheit verleiht, in den politischen Kampf eingreifen zu können, wird diese Demonstration zur gewaltigsten machen, die wir je gesehen haben und allen Teilnehmern jene Begeisterung verleihen, die uns dafür bürgt, daß unser Kampf mit Besonnenheit und Zielfarheit, aber auch mit unerschütterlicher Energie und fester Entschlossenheit bis zum Ende durchgeführt wird.

So bedeutungsvoll diese Kundgebung sein wird, so sicher wir wissen, daß von ihr ein neuer Anstoß ausgehen, die Gleichgültigkeit und Müdigkeit von jedem einzelnen Arbeiter abfallen wird, so ist sie für uns nur ein Auftakt. Der Demonstration muß die politische Ausführung und Verwirklichung folgen.

Das Entscheidende ist, daß schon II gehandelt wird. Wie im Felde, so kommt in der Politik alles darauf an, dem Gegner Zeit abzugewinnen, so daß die entscheidenden Schlüsse erfolgen, bevor jener Ruhe gefunden hat, seine Reihen zu formieren und die Gegenwehr zu organisieren. Namentlich aber, wenn es sich um einen so starken und rücksichtslosen Gegner handelt, wie es die deutschnationalen Parteien sind mit ihren Bundesgenossen in der Verwaltung, in der Justiz und im Offizierskorps der Reichswehr, dann hängt alles daran, daß schnell und klar gehandelt wird.

Die ganze politische Kraft des Proletariats muß auf das Erreichbare konzentriert, dieses aber unmittelbar durchgesetzt werden. Es darf sich nicht wiederholen, was bei der Lösung der Rappträge unheilbaren Schaden angerichtet hat: unentschlossenes Zögern, weil die Vertretung der Arbeiterschaft nicht genug einig war. Es darf sich nicht wiederholen, daß kostbare Tage verstreichen konnten, während derer sich die eben niedergeworfene Reaktion aufs neue sammelt, ihre Positionen in der Armee völlig wiedergewinnen konnte.

Wir sagen das nicht polemisch, sondern vorbeugend. Aber wir müssen hinzufügen, daß die gleiche Entschlossenheit, die uns im Kampf gegen die Reaktion erfüllen muß, auch angewandt werden mußte, wenn Störungsversuche von jenem Häuflein unverantwortlicher Narren und Abenteuerer ausgehen sollten, die in der sogenannten „Kommunistischen Partei“ das Wort führen. Worte mögen sie machen, soviel sie wollen. Bei dem geringsten Versuch, durch Taten unsere Aktion zu stören, müssen sie von der Arbeiterschaft selbst in einer Weise zurückerwiesen werden, die ihnen die Lust zu weiteren Einmischungen benimmt.

Wir haben schon gesagt, daß der nächste politische Schritt die Säuberung der Verwaltung und die Reorganisation der Justiz sein muß. Dort ist die Macht der deutschnationalen verankert. Ihnen diese Machtpositionen zu zerstören, den Schülern der Republik neue Machtpositionen zu schaffen, das muß der Inhalt unserer Politik in der nächsten Zeit sein. Dazu ist notwendig, daß die Arbeiterschaft in der gegenwärtigen außerordentlich kritischen Situation alle Machtpositionen beansprucht, auf die ihre Stärke ihr Anspruch gibt. Wir haben bisher unter der äußeren Form der Republik eine monarchistische Regierung und Verwaltung gehabt. Das war möglich, weil unter den machtlosen republikanischen Ministern eine mächtige reaktionäre Bureaucratie ihr Wesen treiben durfte. Das muß anders werden. Und es wird anders werden, weil darin beide sozialistischen Parteien einig sein müssen und zur Durchsetzung dieses Zieles die gesamte Kraft der Arbeiterschaft in die Waagschale geworfen werden wird.

Der frühere preussische Ministerpräsident Braun hat gestern im „Vorwärts“ die gleiche Auffassung entwickelt. Er schildert zunächst den gegenwärtigen Zustand:

„Es ist nicht beschämend für das deutsche Volk, das sich vor zwei Jahren in Weimar seine republikanische Verfassung gegeben hat, daß die Flagge der Republik heute offen in den Schmutz getreten werden kann und der republikanische Staatsanwalt den Arbeiter, der sich im berechtigten Unmut an der schwarz-weißen Fahne verzweifelt, ins Gefängnis wirft, wohingegen er die Schänder der schwarz-rot-goldenen Fahne der Republik frei umherlaufen läßt.“

„Ja, wir müssen sehen, wie ein von der Republik bezahlter Pfarrer sich weigert, unter der Fahne der Republik die Gebetsrede für die im Kriege Gefallenen zu halten und damit das Signal zum Herunterreißen der schwarz-rot-goldenen Fahne gibt.“

Wir müssen ferner sehen, wie die Marine weiter mit der schwarz-weiß-roten Flagge fährt und hohnlachend sich auf ihre Berechtigung, diese Flagge bis zum 1. Januar 1922 zu führen, berufen kann, weil unsere Industrie offenbar so leistungsunfähig ist, daß sie zwei Jahre zur Anfertigung der neuen republikanischen Flaggen braucht.

Wir erleben jetzt, wie Stappenkämpfer und Kriegsgewinnler aller Grade sich in monarchistischen, kriegsheroischen Kabaletten anstellen, die Republik, die Regierung in unfähigster Weise beschimpfen und die Fahne der Republik hochhüßlich in den Staub werfen. Und was das Betrübenste dabei ist, die unter einem demokratischen Minister stehende Reichswehr stellt die Muffe dazu, salutiert und stimmt in Uniform oder Zivil begeistert ein in das Hoch auf den „obersten Kriegshelden“. Die gleichfalls unter einem demokratischen Minister stehende Schupo aber muß dafür sorgen, daß dieses schöne Spiel nicht durch republikanische versassungstreue „Banden“ gestört wird.

Und um das Bild abzurunden, fordert der Reichslandbund die Landwirte offen zum Diebstahl, also zur Ausbeutung der Bevölkerung auf, wenn die Landwirte gerecht besteuert werden, wenn sie von ihren hohen Gewinnen einen kleinen Bruchteil herausgeben, auf dem Acker des Vaterlandes opfern sollen.

Wahrlich, wir haben es weit gebracht seit dem 9. November 1918. Es scheinen die recht zu bekommen, die behaupten, damals wäre nur halbe Arbeit gemacht.

Dann fordert Braun Klarheit und fordert die Tat. Er führt aus:

Starke Worte, Beschwörungen und Proteste sind hier nutzlos. Dazu ist die chauvinistisch-putschistische Verfassung bereits zu weit vorgeschritten. Hier kann nur die Tat helfen, nur durch brutale Rücksichtslosigkeit kann das Unheil in seinem Lauf noch aufgehalten, Deutschland vor einem blutigen Bürgerkrieg bewahrt werden.

Wir müssen daher Klarheit haben, ob die bürgerlichen Mittelparteien zu dieser Tat bereit sind. Und schnell muß diese Klarheit geschaffen werden, denn die Sozialdemokratische Partei kann nicht eine Stunde länger die Mitverantwortung tragen für eine

Politik, die den Totengräbern der Republik und der Demokratie einen Freibrief gewährt und die Verteidiger der Republik den deutschnationalen Staatsanwälten und Mordmördern als Freiwild ausliefert.

Es ist unentzerrlich für die Partei, daß ein sozialdemokratischer Reichsinnenminister länger die Verantwortung für die Außerachtlichung wichtiger verfassungsmäßiger Rechte in Bayern und Ostpreußen trägt, die diese Gebiete zu Schlupfwinkeln der verbrecherischen nationalistischen Elemente macht und den dortigen reaktionären Gewalttätern die Möglichkeit gibt, den Kampf gegen die Republik zu fördern und das tatkräftige Eintreten für Republik und Demokratie zu unterbinden.

Kann der Minister die Aushebung des Ausnahmezustandes, die längst eine politische Notwendigkeit ist, beim Reichspräsidenten und im Kabinett nicht durchsetzen, dann muß er und die Partei die Konsequenzen daraus ziehen.

Die Fortwärtigkeit muß ein Ende haben. Sie führt uns unrettbar in einen Sumpf, in den die Partei nicht mitgerissen werden darf.

Wir hoffen, daß Braun mit dieser entschiedenen Sprache der Meinung seiner Partei Ausdruck gibt. Es ist in der Tat notwendig, daß Zentrum und Demokraten vor die Entscheidung gestellt werden. Schon sind neue Intrigen im Gange und während die Deutschnationalen in ihrer Freiheit durch Verherrlichung des Mordmordes oder durch wüste Beschimpfungen und verstärkte Hege gegen Arbeiterschaft und Republik weiter provozieren, versuchen die klügeren, aber deshalb nicht minder gefährlichen Feinde von der Deutschen Volkspartei von hinten herum die republikanische Front zu erschüttern.

Es ist kein Zufall, daß gerade jetzt sich der junge Mann des Stinnes, des Geldgebers der Nordpresse, der finanziellen Stütze aller monarchistischen und militaristischen Organisationen, wieder einmal wie im November 1918 auf den Boden der Republik stellt. Zwar ist der lange Artikel, den Herr Stinnes in der „Vossischen Zeitung“ geschrieben hat, in Wirklichkeit eine fortwährende Verunglimpfung der Republik, eine Verteidigung der Generale, der Monarchie, der Hohenzollern, aber schließlich bietet er sich als Minister an! Der Gelegenheitsmacher der Reaktion glaubt, innerhalb der Regierung bessere Zutreibdienste leisten zu können als außerhalb derselben. Und während der wirkliche Herr der mächtigsten Förderer der Reaktion ist, während Stinnes seine Schiffe „Ludendorff“ und „Tirpitz“ tauft, während er seine gefausten Subjekte in seinen Zeitungen zur infamen Hege gegen die Republik und ihre Träger anspornt, drängt sich sein politischer Handlanger an die Republik heran! Wie dumm wären die Demokraten, wenn sie auf solches Angebot eingingen. Verstehen sie denn nicht, daß die jetzige politische Situation die halbwegs anständigen Elemente der Deutschen Volkspartei vor die Frage stellt, ob sie noch länger Gemeinschaft halten wollen mit einem Stinnes, dem schlimmsten Korruptionsschacher in der deutschen Politik und seinem Ripplers, die den Hergt und Wulle und Runge ähneln wie ein faules Ei dem anderen? Wollen sie die Deutsche Volkspartei wirklich vor der heillosen Krise retten?

Nein, die politische Situation ist zu ernst für Intrigen und Braun hat recht, wenn er Klarheit fordert. Und diese Klarheit wird sich ergeben in der Frage der preussischen Regierung. Soll die Republik gesichert werden, dann muß in Preußen der erste Schritt geschehen. Die preussische Verwaltung darf nicht länger der Stützpunkt der Reaktion bleiben. Die Demokratisierung der Verwaltung, die so spät und zaghaft begonnen, die vom Ministerium Siegerwald abgelehnt unterlassen worden ist, muß jetzt fort- und durchgeführt werden. In diese Machtposition vor allem muß die Arbeiterschaft einrücken. Die bürgerlichen Parteien müssen von den Rechtssozialisten vor die Frage gestellt werden, ob sie das deutschnationale Regiment, das jetzt in Wirklichkeit in Preußen besteht, noch länger dulden werden.

Klarheit und die Tat! Die Arbeiterschaft muß wissen, woran sie ist. Ihre Einigkeit aber ist die Gewähr, daß die Tat diesmal ausgeführt werden wird. Wenn wir geschlossen marschieren, wer will auf die Dauer der Wucht solchen Vormarsches widerstehen?

Kabinettsitzung

Das Reichskabinett ist heute vormittag 11 Uhr zu einer Sitzung zusammengetreten, in der Reichspräsident Ebert den Vorsitz führt. Reichskanzler Dr. Wirth ist heute früh vom Kholikentag in Frankfurt a. M. zurückgekehrt, um an der Sitzung teilzunehmen. Von den Ministern befinden sich der Reichsminister des Innern Dr. Gradnauer und der Arbeitsminister Dr. Brauns auf Urlaub, Reichspostminister Giesberts zur Beerdigung Erzbergers in Biberach und Dr. Rathenau hat sich bereits von Wiesbaden nach dem Engadin begeben. Dagegen ist der Reichsjustizminister Schiffer heute nacht zurückgekehrt und mit den übrigen Ministern in der Kabinettsitzung erschienen.

Auf der Tagesordnung des Kabinettsrats steht die Besprechung der politischen Gesamtlage, die nach allen Seiten hin durchbesprochen werden wird im Hinblick auf das politische Vorgehen der Regierung, auf Maßnahmen der Verwaltung und auch der Gesetzgebung. Im Vordergrund der Erörterung werden die unglücklichen Ereignisse von Griesbach und Potsdam stehen.

Eine Kundgebung des Zentrums

Im Anschluß an den Katholikentag fand am Sonntag nachmittag in Frankfurt am Main eine Sonderkundgebung der in Frankfurt anwesenden Vorstände der deutschen Zentrumspartei und der Reichstagsfraktion statt, in der folgender Aufruf beschlossen wurde:

Mitglieder der Zentrumspartei! Der Abgeordnete Erzberger ist einem rachsüchtigen Mord zum Opfer gefallen. Tief erschüttert steht die Zentrumspartei an seiner Bahre, war doch sein ganzes Leben, seine Jugendkraft wie sein Mannesalter dem Dienste der Partei gewidmet. Wenige haben so rasch und hingebend gearbeitet im öffentlichen Leben wie er. Erzberger stand im Vordergrund des politischen Kampfes, und wie ist dieser Kampf gegen ihn geführt worden? Nicht mit ehrlichen Waffen — und mit leidenschaftlichem Haß, auch mit Lug und Verleumdung wurde die öffentliche Meinung vergiftet, und das Ergebnis ist der gemeine Mord. Und die Folge für unser gelamtes Volk? Verwüftung der politischen Sitten, Verfall jeder Ordnung und aufsteigender Bürgerkrieg. Wir verurteilen jegliche Gewalt im Kampfe der politischen Meinungen, komme sie von rechts oder links. Wir verdammen den politischen Mord. Wir warnen und beschwören unser gelamtes Volk: Laßt ab von aller politischen Leidenschaft, von aller persönlichen Verbeugung, bannt den Geist, der solche Früchte zeitigt.

Wer es gut mit unserem Volke meint, der bewahre es vor inneren Erschütterungen, der trete ehrlich auf den Boden

der Verfassung, die das deutsche Volk und alle sein Stämme in freier Selbstbestimmung sich gegeben haben. Für Verfassungskämpfe ist heute weniger Raum denn je, aufbauende Arbeit sei der Wahlspruch.

Parteifreunde! Das Grab Erzbergers darf sich nicht schließen ohne daß ihr in machtvollen Kundgebungen diesem Gedanken Ausdruck geht. Trebet zusammen in allen deutschen Gauen, um laut und feierlich Verwahrung einzulegen gegen jeden Kampf mit deslistigen Waffen, gegen die verhängnisvolle Meinungsverzerrung gegen jegliche Gewalttat. Gelobet einhellig treu zu stehen zu Ordnung und Verfassung, eingedenk unseres alten Wahlspruchs: Für Wahrheit, Recht und Freiheit!

Die Vorstände der deutschen Zentrumspartei und der Zentrumsfraktion des Reichstags

Herald, Ehrenvorsitzender, Dr. Voss, Siegerwald
Hedwig Dransfeld, Beder, Ursberg.

Ein deutschnationales Bekenntnis

Die Dokumente der Mordschuld, von denen wir schon eine stattliche Zahl anführen konnten, häufen sich. Die „Welt am Montag“ veröffentlicht unter der Spitzmarke „Tafel über die Ermordung Erzbergers“ folgenden Bericht: „Auf einer Gründungsfeier der Ortsgruppe „Theodor Körner“ des Deutschen Jugendbundes „Bismarck“ im Kolonialgarten führte der Geschäftsführer der Deutschnationalen Volkspartei, Herr Straß, folgendes aus: ... Wie ich schon sagte, ist der „Tafel“, seine vierjährige (allgemeine) Heiterkeit. Zurück: Sehr gut! Heil! usw.) Reichsverderber Erzbergers erschossen worden! (Nimantlanges Händeltischen: Heil! Ruf.) Wir freuen uns darüber, daß Deutschland von einem seiner Schädlinge befreit ist. (Beifall.) Wir tragen die volle Verantwortung für diese Tat. Es ist durchaus christlich, wenn wir unsere Freude darüber ausdrücken, denn was man als Böses erkannt hat, muß man befechten.“ (Allseitige Zustimmung.) Die Ansprache wurde mit dem Liede „Heil Dir im Siegerkranz“ geschlossen.“

Dieser Straß ist Geschäftsführer der Deutschnationalen Volkspartei und als solcher ein Typus. Er erfüllt mit dieser Hege seine vornehmste, ja einzige Berufsaufgabe und die Deutschnationale Partei erweist sich, indem sie solche Gesellen beschäftigt, als die Partei der Mörder und Totschläger. Sie, die „nationale Ehre“ und „deutscher Geist“ täglich im Munde führt, hält Schande über Schande auf Deutschland, indem sie das politische Leben dieses von der deutschnationalen Volk heimgefuhrten Landes in den Rot tiefster Unsitlichkeit zieht, das Verbrechen zum politischen Beruf und Verbrecher zu politischen Führern macht.

Die „Welt am Montag“ bemerkt zu ihrem Bericht:

„Dieser Bericht klingt so unglaublich, daß wir Anstand nehmen würden, ihn zu bringen, wenn nicht inzwischen schon die verschiedensten zynischen Freudenäußerungen über Erzbergers Ermordung belagert worden wären. Und wenn wir nicht im Anschluß an die Nachricht von dem Mord an Erzberger in einem Spandauer Blatt die offene Aufforderung zur Ermordung u. Verleumdung gelesen hätten!“

Wir finden, daß der Bericht gar nicht unglücklich klingt. Er ist ein Merkmal der in Deutschland einzig bestehenden „Eigenart“ und des wahren Wesens der Deutschnationalen. Das muß nun endlich offen gesagt werden. Und wir werden uns nicht abhalten lassen, es täglich in die Welt zu rufen — weder durch Drohungen noch durch die der Deutschnationalen Partei dienende Justiz — bis diese Schmach von Deutschland genommen ist. Wir sind übrigens neugierig, was diese Justiz zu Herrn Straß zu sagen hat.

Die Beisetzung Erzbergers

Die Leiche des Reichsministers a. D. Erzberger wird nach Wiesbaden beigesetzt, nach Berlin, sondern nach Wiesbaden übergeführt, wo die Beisetzung am kommenden Mittwoch in einem von der katholischen Kirchengemeinde gestifteten Ehrengrabe stattfinden wird.

Die Leichenfeier in Oppenau

Zu der Einsegnung der Leiche des Abgeordneten Erzberger in der Kirche zu Oppenau hatten sich u. a. eingefunden: Der bayerische Staatsminister Trunk, Reichspostminister Giesberts, die Mitglieder der bayerischen Regierung sowie fast alle Abgeordneten der Zentrumsfraktion des bayerischen Landtages. Die Beisetzung des hinteren Renales war in großen Scharen herbeigekommen, um dem Ermordeten durch Teilnahme an der Einsegnungsfeier die letzte Ehre zu erweisen. Zahlreiche katholische Vereine aus der näheren und weiteren Umgebung hatten Abordnungen mit Fahnen entsandt. Nach der Kirchengemeinde wurde der Sarg vor die Kirche getragen, dort hielten Staatspräsident Trunk, Reichsminister Giesberts, Geistlicher Rat Schöfer, der Führer der bayerischen Zentrumspartei sowie zahlreiche andere Träger der warmen Reden, die das Leben und Wirken des Dahingegangenen würdigten.

Die Obduktion der Leiche

Freiburg i. Br., 28. August.
Bei der gestern nachmittag erfolgten Obduktion der Leiche des ermordeten Abgeordneten Erzberger wurden im Körper sechs Geschosse gefunden und zwar im Kopf, im Hals, in der Brust und im Unterleib. Zwei Geschosse haben den Körper ganz und gar durchschlagen.

Hörzing verbietet!

M. Halle, 28. August.
Gestern in später Abendstunde wurde nachgehende Verordnungen des Oberpräsidenten Hörzing angehängt: Auf Grund der Verfügung des Herrn Reichspräsidenten vom 24. März 21 werden von heute ab sämtliche Versammlungen unter freiem Himmel und alle Umzüge verboten. Wer dieser Anordnung zuwiderhandelt oder zu Zuwiderhandlungen auffordert oder anreizt, wird, sofern nicht die bestehenden Gesetze eine höhere Strafe bestimmen, mit Gefängnis und Geldstrafe bis zu 15 000 Mark bestraft.“

Wir nehmen an, daß dieses Verbot einen Fehlgang des sehr ungeschickten auf eigene Faust handelnden Hörzing darstellt, das bald rückgängig gemacht werden muß. Die von der Reaktion drohende Gefahr ist nur zu bannen durch den Aufmarsch der Arbeiterklasse, der indes durch solche Maßnahmen verhindert wird. Gerüchte von Arbeiterdemonstrationen wirken sich aus als Begünstigungen der deutschnationalen Mörder und stellen somit eine Gefährdung der Republik dar. Gleichzeitig hat Hörzing allerdings die „Stahlhelm“-Feier verboten, die für Halle geplant war. Dazu war er berechtigt, denn daß Zusammenkünfte dieser Kreise Ver-

Abwägungen gegen die Republik und eine Gefahr für Leben und Gesundheit der gesamten Bevölkerung darstellen, ist nunmehr unüberleglich bewiesen. Aber gerade darum sind die Abwehrdemonstrationen der Arbeiterklasse um so notwendiger.

Das erwachende bayerische Proletariat

Ein Signal für die deutsche Arbeiterklasse

München, 27. August.

Die von den Münchener Gewerkschaften und Betriebsräten am Freitag, den 26. August, abends, in den großen Sälen und Gärten Münchens veranstaltete Kundgebung, nimmt sich nach viel zierlicheren Ausstellungen als der erste Einmarsch der Arbeiterklasse aus, als der erste Einmarsch der Arbeiterklasse aus, als der erste Einmarsch der Arbeiterklasse aus...

War der äußere Anlaß der Demonstrationenversammlung die kommende und bereits eingetretene Vertiefung aller Lebensverhältnisse und ihr Zweck der Aufrüstung zu der großen Lohnbewegung, mittel und ihr Zweck der Aufrüstung zu der großen Lohnbewegung, mittel und ihr Zweck der Aufrüstung zu der großen Lohnbewegung...

Die bürgerliche und reaktionäre Presse Münchens kann angesichts des Riesenaufgebots der Münchener Volksmassen und ihrer außerordentlichen Ordnung und Disziplin nicht umhin, laute Miene zu machen. Sie muß zugeben, daß die Demonstration der Münchener arbeitenden Massen vom letzten Freitag die größte seit dem 7. November 1918 gewesen ist. Wenn die Reichspresse schreibt, daß das Gerede von dem angeblichen bayerischen Polizeischreiben dadurch hinwieweg sei, daß die Versammlungen ungestört von Wählern blieben, so heißt das schon auf die Dummen zugehen. Angesichts der ungeheuren Menschenmassen blieb dem Aufgebot an Polizei, Schupo und Reichswehr gar nichts anderes übrig, als die Massen gewähren zu lassen, wenn man es nicht auf ein gräßliches Blutbad ansetzen wollte. Dann aber wurden die Polizisten durch den frühen Schluss der Versammlungen überfallen. Daher waren sie nicht auf dem Platz, als die Menschenmenge bereits in das Innere der Stadt strömte, wo man schnell Drahtverhänge einrichtete, durch Panzerwagen die Straßen verbarrikadierte und ein Aufgebot von berittenen Schupo-Leuten, mit Gummistöcken ausgerüsteten Schupo-Leuten anordnete. Dabei kam es zu Reiterleuten und zu Schupo-Leuten, bei denen ein Mann getötet und ein anderer schwer verletzt wurde. Somit verlief die nächtliche Demonstration dank der gewerkschaftlichen Disziplin der Teilnehmer ohne Zusammenstöße, trotzdem es sich um reaktionäre Presse nicht hatte an frechen Propagationen fehlen lassen.

Mit dieser Riesendemonstration hat das Münchener Proletariat bewiesen, daß es wieder auf dem Posten ist, trotz der waffenwütenden Reaktion, die das Volk durch fortgesetzte monarchistische und militaristische Demonstrationen herausfordert und verhöhnt. Den Herrschenden wird nun ein Licht darüber aufgeleuchtet, daß sie es mit ihren Plänen und Plänchen nicht zu bunt treiben und es nicht glauben dürfen, vom bayerischen Proletariat angegriffen zu sein, wenn sie ihre Verschwörungen gegen die deutsche Republik und die Rechte der deutschen Arbeiterklasse anzetteln und sie in die Wirklichkeit umsetzen wollen.

Auch das Landproletariat beginnt in Bayern zu erwachen. In großen Demonstrationen wendet es sich gegen die Klassenherrschaft einer Regierung, die das arbeitende Volk auf das schändlichste unterdrückt und den Wucher der Großbauern und der Agrarier überhäuft. Eines hat die Kundgebung des Münchener Proletariats gezeigt: es geht wieder aufwärts, weg von der parteipolitischen Zerstückelung, hin zur großen wirtschaftlichen und politischen Einheitsfront des arbeitenden Volkes. Darum ist das Erwachen des bayerischen Arbeitervolkes ein Signal für die gesamte deutsche Arbeiterklasse.

Blutige Stahlhelm-Fahnenweihe

Aus Wulfenstedt bei Oshersleben meldet Wolff: Bei einer Fahnenweihe des hiesigen Stahlhelms, an der sich mehrere andere Stahlhelmvereine beteiligten, wurden die Teilnehmer von einer Anzahl Kommunisten bedrängt. Aus einem Hause fielen mehrere Schüsse, durch die mehrere Personen verwundet wurden. Ein Veteran von 1870-71, der ebenfalls verwundet wurde, ist bald darauf seinen Verletzungen erlegen.

Raketen aus der Haft entlassen

Vorige Woche war Genosse Rosenfeld beim Staatskommissar für die öffentliche Ordnung, Weismann, vorstellig, um die Freilassung unseres Genossen Raketen zu veranlassen. Da Weismann eben mit der Nordbaffäre Erzberger beschäftigt war, konnte die Sache nicht sogleich erledigt werden. Später erhielt Genosse Rosenfeld vom Staatskommissar die Nachricht, daß die Freilassung veranlaßt worden sei. Raketen war in Haft genommen worden, weil er „Häufelsführer“ beim Sturm der Demonstranten auf die Stahlhelm-Versammlung in Groß-Salza bei Schönebeck a. d. Elbe gewesen sein soll.

Die Polizei und der Stahlhelm

Die Chemnitzer Beamten lehnen ihn ab

Über die Weigerung eines Teiles der Chemnitzer Landespolizei, im Stahlhelm zur Übung auszurücken, werden weitere Einzelheiten bekannt. Eine Mitteilung des Chemnitzer Landespolizeikommandos an die Presse gibt Aufschluß über die Gründe, die zu dieser Weigerung der Mannschaften geführt haben. Es wird dort gesagt, daß der Stahlhelm bei der gesamten Bevölkerung unbeliebt sei, weil er nach ihrer Ansicht auf die Bevölkerung aufreizend wirke. Die Beamtenschaft hat heute nach eingehender Aussprache über die Angelegenheit mit großer Mehrheit eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

Das Ansehen der Beamtenschaft im Stahlhelm zu heben wird von der Beamtenschaft von jeher als Propagierung der Bevölgerung empfunden, deren Folgen die Beamtenschaft nur jetzt zu tragen hat. Die gespannte wissenschaftliche Lage, die drohenden Kämpfe zwischen Unternehmern und Arbeiterklasse lassen es gerade gegenwärtig zweckmäßig erscheinen, jede Annäherung Propagierung der Beamtenschaft zu vermeiden. Die Beamtenschaft versteht es daher, wenn die Handerschaft sich weniger, im Stahlhelm auszubreiten. Sie sieht die in Aussicht genommene Entlassung der in Frage kommenden Beamten als sehr etwa beabsichtigte Maßregelung einzelner Kollegen als ungerechtfertigt an. Der Verband wird beauftragt,

mit Nachdruck für diese Auffassung bei der Regierung einzutreten.

Wir finden diese Auffassung außerordentlich vernünftig. Sie ist ein Zeichen dafür, daß sich die betreffenden Beamten ihrer Aufgaben vollkommen bewußt und zur Bewässerung jenes Verhältnisses zu finden bemüht sind, das notwendig ist, wenn eine Polizeitruppe ihren Zweck erfüllen soll. Der Stahlhelm ist ein Bestandteil der Wehrbaustrategie, die im Polizeidienst nicht nur nicht nötig, sondern schädlich ist, denn es ist durchaus zutreffend, daß die Bevölkerung von einem Grausen befallen wird, wenn sie dieses gräßliche Gerät bei der Polizei erblickt. Wir erwarten gerade von der sächsischen Regierung, daß sie für diese Meinung und für die Verhandlungsbemühungen des Verbandes Verständnis zeigt und Maßregeln unterläßt. Es wäre nur zu wünschen, daß die Aufstellung der Chemnitzer Beamten Gemeingut der Schutzpolizei in allen Reichsteilen werden möchte. Von einer „Meuterei“ zu reden, ist glatter Unsinn. Diese Beurteilung des Vorganges ist ein Ausfluß preußischer Kasernengefinnung, die aus der Polizei eben gerade verbannt werden muß.

Lasset die Kindlein zu uns kommen — in die weltliche Schule



Ältern, befreit Eure Kinder vom Religionsunterricht! Rote Schul-Woche in Neukölln

Das Abkommen von Wiesbaden

Eine befriedigende Lösung erzielt

Wiesbaden, 28. August.

Amlich wird gemeldet: Die Verhandlungen zwischen dem Reichskriegsministerium und Douceur haben den größten Teil des heutigen Tages in Anspruch genommen und sind erst am späten Abend beendet worden. Sie wurden zum Teil zwischen den beiden Ministern persönlich, zum Teil unter Beteiligung der Referenten geführt, die sich zwischendurch zu mehreren Sonderberatungen zusammenfanden. Die Verhandlungen sind heute abend zu einem grundsätzlichen Abschluß gelangt. Das Hauptabkommen mit dem zugehörigen Annex bezieht sich auf die Sachleistungen für den Wiederaufbau und deren Finanzierung. Beide Dokumente wurden fertiggestellt und vorbehaltlich der Zustimmung der beiderseitigen Regierungen parafiziert. Auch die Zustimmung der Reparationskommission ist vorbehalten geblieben. Die vier Nebenabkommen, welche die Restitution von industriellen Material, von rollendem Material, die Lieferung und Restitution von Vieh sowie den Kohlenpreis betreffen, und die mit dem Hauptabkommen nicht in unmittelbarem Zusammenhang stehen, bleiben weiterer Verhandlung vorbehalten, da wesentliche Unterlagen noch der Prüfung bedürfen, für welche erschöpfendes Material nicht zur Stelle waren. Die beiden Minister werden im Laufe des heutigen Abends und des nächsten Morgens Wiesbaden verlassen.

Paris, 28. August.

„Liberté“ zufolge erklärte Douceur, daß er zufrieden sei. Rathenau sei guten Willens gewesen, das Abkommen werde noch ratifiziert werden müssen, aber diese Ratifizierung sei nicht zweifelhaft. Das Abkommen werde dann sofort in Kraft treten. Es seien von beiden Seiten wirkliche Anstrengungen gemacht worden, um eine befriedigende Lösung zu erzielen. Für die Unterzeichnung der vier Nebenprotokolle werde wahrscheinlich eine andere Konferenz nötig sein.

Man darf sich sicher annehmen, daß weder die Regierungen von Deutschland und Frankreich, noch die Wiedergutmachungskommission ihre Zustimmung zu dem Abkommen von Wiesbaden verweigern werden. Ob durch die Vereinbarungen, die Interessen Deutschlands und Frankreichs in gleicher Weise gleichmäßig berücksichtigt werden, kann vorläufig nicht übersehen werden. Aber aus den amtlichen Meldungen geht hervor, daß die Vertreter beider Seiten sich ernstlich bemüht haben, zu einem zufriedenstellenden Ergebnis zu kommen. Die Aufgabe der Arbeitervertreter wird nunmehr sein, die Ausführung des Wiederaufbaus zu überwachen und dafür zu sorgen, daß das Abkommen nicht auf Kosten der Arbeiter durchgeführt wird.

Der Völkerbundsrat

Eröffnungssitzung heute nachmittag

Paris, 29. August.

Nach einer „Matin“-Meldung aus Genf findet die Eröffnungssitzung des Völkerbundes über die Besprechung der oberösterreichischen Frage heute nachmittag 4 Uhr statt.

Paris, 28. August.

Der Sonderberichterstatter von Haas teilt mit, daß in Genf Graf Tshili heute der Presse eine Erklärung abgegeben habe, in der es u. a. heißt, zwischen der ablehnenden Antwort des spanischen Botschafters Quiñones de Leza und dem Zusammenritt des Rates seien nur noch sechs Tage Zeit gewesen, innerhalb deren es notwendig war, von dem ganzen Aktienstud der oberösterreichischen Angelegenheit Kenntnis zu nehmen. Auch habe ein vollkommener Bericht für die Mitglieder des Rates ausgearbeitet werden müssen.

Groß-Berlin

Eindringliche Warnung!

Am gestrigen Sonntag ist ein 63-jähriger Arbeiter aus Reinickendorf bei West-Heim im Park nach Blei auf dem Tegeler Schießplatz von einer explodierenden Granate zerrissen worden. Die Not der arbeitenden Bevölkerung macht es begreiflich, daß jede Gelegenheit benutzt wird, um etwas nebenbei zu verdienen, also auch das Suchen nach wertvollem Metall. Trotzdem muß — wie der vorliegende Fall zeigt — vor solchen Versuchen auf den Schießplätzen eindringlich gewarnt werden. Die Gefahr ist derartig groß, daß gegenüber der geringen Möglichkeit, etwas zu finden, der Einsatz des Lebens unverantwortlich ist.

Rote Schulwoche in Neukölln

vom 29. August bis 4. September 1921

Organisationen, Vereine aller Art, die Interesse an der weltlichen Schule haben und uns in unserem Kampf gegen die Schule reaktionär unterstützen wollen, werden um Mitwirkung an unserer Einheitsdemonstration am 4. September, beginnend 10 Uhr vormittags am Köpenickerpark, gebeten. Angaben an Fritz Schulz, Neukölln, Mühlentorstraße 20.

Bereitsigte Elternverbände der weltlichen Schulen Neuköllns.

Ein dritter Nord-Großmann aufgeföhrt

Die Nachforschungen, die seit der Verhaftung des Aufmörders Großmann die Beamten der Nordkommission unausgesetzt beschäftigen, haben in der Nacht zum Sonntag zu wichtigen Feststellungen geführt. Es ist gelungen, Großmann eines dritten Aufmordes zu überführen. Es steht jetzt fest, daß Großmann auch das 24 Jahre alte Dienstmädchen Johanna Sosnowski umgebracht hat. Die Beamten stellen fest, daß auch die Sosnowski kurz vor der Ermordung der Nitsche sich bei Großmann aufgehalten hat. Die aus Marienburg in Ostpreußen stammende Sosnowski war im November 1919 nach Berlin gekommen und zuerst bei einer Frau in der Neuen Köhstraße als Dienstmädchen in Stellung. Später war sie dann bei einem Restaurateur in der Wallstraße tätig. Weihnachten kam sie in ein Krankenhaus. Seitdem hatte sie sich bei ihrem Bräutigam aufgehalten. Dieser hatte sie zuletzt am 12. August gesehen. Sie trug damals eine weiße Bluse und einen abgetragenen schwarzen Samtrod. Seit diesem Tage ist dann die Sosnowski nirgends mehr gesehen worden. Nun wurden bei Großmann außer den drei ermordeten Nitsche gehörenden Kleidungsstücke noch verschiedene andere gefunden. Unter diesen befand sich auch der gestrichelte schwarze Samtrod der Sosnowski. Von den anderen Sachen, die sich bei Großmann aufgehalten hatten, wurden ebenfalls wieder einige ermittelt. Sie geben alle an, daß Großmann verheiratet war, gegen sie gemaltätig zu werden. Als diese Ermittlungen sich dem Verhafteten noch nicht bekannt. Erst wenn das gegen ihn vorliegende Beweismaterial lückenlos zusammengelagert ist, wird es dem bisher hartnäckig leugnenden Verbrecher vorgehalten werden.

Genosse Ludwig Zeise 7. Allen Genossen zur Nachricht, daß der Gewerkschaftsangehörige Genosse Ludwig Zeise im Alter von 37 Jahren nach schwerem Leiden verstorben ist. Die Einäscherung findet am Mittwoch nachmittag 5 Uhr im Krematorium Gerichtstraße (statt 8. Distrikt).

Von lebendem Teer verbrannt. Sonnabend vormittag stützten sich bei dem Bau der Untergrundbahnen am Bahnhof Friedrichstraße beschäftigte Arbeiter Wilhelm Carlson, Samstagtag 1 wohnhaft, von einem Gerüst und rief dabei einen mit heißem Teer gefüllten Eimer um. Die dickflüssige Masse ergoß sich über ihn, so daß er schwere Brandwunden im Gesicht und an beiden Armen davontrug. Er wurde nach der Rettungsjelle in der Flegelstraße gebracht.

Waldbrände. Im Stadtfort zwischen Friedrichshagen und Rahnsdorf brannte gestern vormittag ein noch unbekannter Grundbesitzer ein halber Morgen Waldbestand vollständig ab. Ein zweiter Waldbrand entstand in Jagen 52 beim Bahnhof Sadoma infolge Fahrlässigkeit einiger Spaziergänger. Hier wurden 500 Quadratmeter Waldbestand vernichtet, ehe die Oberschönweider Feuerwehr die Flammen löschen konnte.

Gemeindefriedhof Friedrichsfelde. Der Magistrat schreibt: In der Notiz über die am 15. August 1921 an das Bezirksamt 17 erfolgte Übergabe des in Friedrichsfelde beiegenen Berliner Gemeindefriedhofes Friedrichsfelde (Zentralfriedhof) befindet sich eine Unrichtigkeit. Statt: Vom 1. Sept. 1921 ab . . . an die Friedhofskasse des Bezirksamtes 17, Nichtenberg, Möllendorferstraße 111, muß es heißen: . . . an die Bezirkskassette des Bezirksamtes 17, Nichtenberg-Rathaus, Möllendorferstraße 6.

Vorausschickliches Wetter für Berlin und Umgegend am Dienstag. Trocken und überwiegend heiter, am Tage warm bei mäßigen südlichen Winden.

Gewerkschaftliches

Zur Hilfsaktion für Rußland

Der Zentralauschuß der Gewerkschafts-Unterkommission von Ostpreußen und Umgebung erhielt einen Aufruf zur Sammlung für die Hungerenden in Rußland. Der Aufruf ist von allen 3 Arbeiterparteiern unterzeichnet und schließt mit den Worten: Helft Sowjet-Rußland. Sammelstellen sind zu haben und liegen aus bei dem „Auschuß“ der Gewerkschafts-Unterkommission, bei den Betriebsräten, im Konium und in der Buchdruckerei Neumann. Die Veröffentlichung der gesammelten Beiträge nach Betrieben geordnet erfolgt wöchentlich durch den Anzeiger für Erfurter.

Freigewerkschaftlicher Wahlzettel zu den Kaufmannsgerichten

Wir sind in der Lage, das vorläufige Ergebnis der gestern stattgefundenen Wahlen zu den Kaufmannsgerichten bereits mitteilen zu können, das als großer Sieg für die freien Gewerkschaften angesehen werden kann. Die unter der verschleierte Parole „Westarbeit“ legenden teusch-gelben Verbände werden mit einem nassen Auge ihre kläglichen „Erfolge“ bewundern können.

Erzielten Stimmen:

„Nio“	23 086 Stimmen, 130 Beisitzer
Davon erhielten der Zentralverband der Angestellten	21 706 „ 122 „
und der	
Ang. Verband d. Bankangestellten	1 380 „ 7 „
„Westarbeit“	11 446 „ 64 „
Kathol. kaufmännischer Verband	867 „ 4 „
G. d. H.	7 475 „ 42 „
Versicherungsangestellte	969 „ 5 „
Reichsverb. d. dtsch. Bankbeamten	229 „ 1 „

Wir kommen auf die Wahlen noch ausführlich zurück.

Schulbewegung im Fuhrerwerk. Durch die erheblichen Preiserhöhungen aller zum Lebensunterhalt notwendigen Artikel haben sich die in den gewerkschaftlichen Fuhrerbetrieben Groß-Berlins tätigen Schauer- und Reichfuhrerwerksfuhrer genötigt, die bestehenden Tariflöhne per 31. August der Fuhrerbetriebe-Innung zu kündigen. Angesichts dessen, daß die Löhne in dieser Gruppe gegenüber gleichartig gelagerten sehr zurückstanden, wurde eine Lohnanhebung von 25 % wünschenswert auf die bestehenden Löhne von

290 M. für Schwer- und 270 M. für Leichtfahrwerksfahrzeuge geordert. In einer hierüber mit dem Vorstand der Innung am 13. d. M. gepflogenen Verhandlung gelang eine Erhöhung von acht Prozent zu. Die sich mit diesem Ergebnis befähigende, stark besuchte Branchenversammlung lehnte mit Entrüstung das Angebot, da es viel zu gering, den Preissteigerungen nicht Rechnung tragend, ab. Die Lohnkommission wurde beauftragt, nochmals mit den Arbeitgebern spätestens bis zum 28. d. M. in Verhandlungen zu treten. Die Artzung des Schlichtungsausschusses wurde abgelehnt, da auf Grund der vorangegangenen Lohnbewegungen keine guten Erfahrungen mit dieser Körperschaft gemacht sind. Die Versammlung beschloß einstimmig, wenn die nachgeforderte Verhandlung kein befriedigendes Ergebnis zeitigen sollte, die Arbeit einzustellen. Von den Arbeitgebern wird erwartet, daß sie sich zu größerem sozialen Verständnis als bisher durchbringen, um den bevorstehenden, in das Wirtschaftsleben Berlins tief einschneidenden Kampf, noch in letzter Stunde abzuwenden.

Eine neue Warenverteilungsgesellschaft des A. D. G. B. in Berlin. Die 10. Warenverteilungsgesellschaft des A. D. G. B. ist jetzt von der Berliner Gewerkschaftskommission (als Unterverteiler) eingerichtet worden. Sie befindet sich in dem Gebäude Kottbuser Damm 89, Ecke Birkenstraße. In den unteren Räumen werden Trikots, Tische und Stühle verkauft; in der oberen Etage ist ein reich-

haltiges Lager an Konfektion, Stoffen und Verzäpfelung. Die freigewerkschaftliche organisierte Arbeiterschaft des Südostens und Neuföllns hat so Gelegenheit, ihren Bedarf dort zu decken. Alle Waren sind äußerst preiswert und von guter Qualität.

Parteiveranstaltungen

Montag, 29. August

1. Verwaltungsbezirk, 18. Bezirk. Der heutige Frauenleseabend findet nicht bei Pillager, Blumenstraße, sondern bei Mühlberg, Marktstr. 26, statt. Heute abend Funktionärsführung bei Dehnbach, Berliner Str. 84.

Dienstag, 30. August

1. Verwaltungsbezirk (Berlin-Mitte), 7 Uhr Versammlung Kaiser-Wilhelm-Straße 24, Kottbuser Pl. Tagungsordnung: Wahl der Nicht- und Beiratsorganisatoren. Erscheinung aller Mitglieder dringend notwendig.

Steglitz, 7½ Uhr Kibel bei Lang, Wilhelmstr. 22, Frauenleseabend. Wichtiges Tagesereignis. Kinderklub- und Frauenarbeitersammlungen. Wichtige Sitzung abends 7 Uhr bei Köppe, Lindenberger, Ecke Schönstraße. Besoffen dort fehlen.

Mittwoch, 31. August

18. Bezirk. Der Frauenleseabend nach am Mittwoch, den 31. August, Donnerstag, den 1. September, verschoben werden.

Bereinskalender

Dienstag, 30. August

Arbeiter-Gewerkschaften Nr. 2, S. 2. Der 2. Fortzugsabend über die Ziele der inneren Politik findet pünktlich 7 Uhr im Zentral-Oberrain-Baumarkt im Leiterturm, Schillerstr. 125/27 (Hörsaal) Verbindung Josef. Vertreten über Raut. Jeters, Bund d. Kriegsgenossen Norden 2. Abends 7 Uhr erweiterte Parteiführung bei Hünkel, Kleinfriedrichstr. 42.

Mittwoch, 31. August

Verband der Jungen- und Tuberkulose-Gesellschaften, Bezirk 7 und Reichstags-Bezirksorganisation um 7½ Uhr im Lokal von August Schmidt, Fachbergstr. 41, Ecke Sämannstraße. Pünktliches Erscheinen ist dringend notwendig. Tagesordnung wird bei Bedarf abgegeben.

Verantwortlich für Postil und Heiligkeit: Rosa Liebschütz, Berlin-Grünow für Kommunalpolitik, Politik und Gewerkschaftliches: J. B. Haberle, Berlin; für den Parteiateil und geschäftlichen Mitteln: J. B. Haberle, Berlin; für den Parteiateil und geschäftlichen Mitteln: J. B. Haberle, Berlin. - Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin, Breite Straße 80.

Theater und Vergnügungen

Volkshäuser
Samstags-Vorstellung
7½ Uhr: **Der Opernball**
Direktion: Max Reindardt.
Deutsches Theater
7 Uhr: **Koenig**
Kammerpiele
Festlich u. Verwundert
Großes Schauspielhaus
8 Uhr: **Die Weber**
(A. Mieling, C. Kramm)

Wallner-Theater
Täglich 7½ Uhr:
Nixchen
Theater 1. B.
Königgräber Str.:
7 Uhr:
Notruf
Direktion: Notruf
Mittwoch: Notruf
Donnerstag: **Satans Maske**
Mit dem Feuer spielen
Freitag: **Satans Maske**
Mit dem Feuer spielen
Samstag: **Satans Maske**
Mit dem Feuer spielen
Sonntag: **Satans Maske**
Mit dem Feuer spielen
Montag: Notruf

Berliner Theater:
Täglich 7.30 Uhr:
DAS MILLIARDEN SOUPERS

Romödienhaus:
Abends 7.30 Uhr: **Der blonde Engel**
7½ Uhr: **Residenz-Theater**
Paul Wagner, Ironie Triosch
in Totentanz
Trianon-Theater
8 Uhr: **Ihn Wolk**
in **Die große Leidenschaft**
Kleines Theater
1 Uhr: **Henk Grast**
in **Der Dieb** (Le voleur)

Guy de Maupassant
Romane und Novellen
1. **Fräulein Fiß**
2. **Schwefel**
3. **Miséricordie**
4. **Das Haus**
5. **Mondlicht**
6. **Herr Bovary**
7. **Der Horla**
8. **Die Schöne**
9. **Der Diebstahl**
10. **Ein Menschenleben**
11. **Stark wie der Tod**
12. **Die Töchter**
13. **Haus und Vater**
14. **Die kleine Hexe**
15. **Die Schöne**
16. **Der Zugriffspreis**
17. **Schnaps-Unter**
18. **Herr Herz**
19. **Eng u. Hoch**
20. **Mont Oriol**
Jeder Band elegant gebunden 8.40 Mk.
Buchhandlung
„Freiheit“
Berlin C 2
Breite Straße 8-9

Soeben erschien! **Soeben erschien!**
Karl Radek
Der Weg der Kommunistischen Internationale
(Referat über die Taktik der Kommunistischen Internationale, gehalten auf dem III. Weltkongress, Moskau, Juli 1921).
Inhalt:
Das allgemeine Bild der Weltlage / Die Theorie der holländischen Schule / Die Erfahrungen der Massenkämpfe: A) Der englische Bergarbeiterstreik — B) Der italienische Kampf — C) Der Dezemberstreik in der Tschechoslowakei — D) Die Märzaktion / Die Losungen der nächsten Zukunft / Schlussfolgerungen / Schlusswort
88 Seiten. Preis brosch. 1.50 M. / geb. 6.— M.
Zu beziehen durch die
Verlagsbuchhandlung Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 11,
sowie durch alle Buchhandlungen und Organisationen der V. K. P. D.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Lindenstr. 33
Geschäftszeit von vorr. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Nord 185, 1279, 1987, 9714.

Allgemeine Branchenversammlung
der Autogen- und Elektro-Schweißer
Tagesordnung:
1. Unsere Lebensbewegung.
2. Feiern und Festlichkeiten.
3. Wirtschaftliches.
Mittwoch, den 31. August 1921, abends 7 Uhr.
Lokal von Liebermann, Neue Jakobstr. 1/3

Berufungsversammlung
der Werkzeugschleifer.
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zum Lohnabkommen.
2. Vortrag des Genossen Weg über: Lungen- und Nierenerkrankungen.
3. Wahl des Gruppenkassierers und der Kassieren.
4. Gruppenangelegenheiten und Verschickener.
Die Versammlung beginnt eine Stunde früher.
Mittwoch, den 31. August 1921, abends 5 Uhr.
Lokal von Schirm, Charlottenstraße 4.

Wo gibts die billigsten Seifen
bei Seifenschneller,
Pöcklerstraße 44.

Birge an Wald und Wasser gelegene Barzellen in Heiligensee
bei Tegel.
Sehr guter Boden. In jeder Größe.
Anzahl von 20.000 an. Günstige Abzahlung.
Ankunft: Terringgesellschaft Heiligensee, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 29. Tel.: Nord 716 / In Heiligensee im Bureau oder bei Lamprecht, Restaurant Rottkappchen, Heiligensee, Birkenallee. Telefon d. Tegel-Heiligensee, G. 5430.

Per sofort gesucht:
Verkäufer
für
Seidenstoffe Kleiderstoffe Leinen- und Baumwollwaren
Meldungen von 11-12 Uhr vormittags.
Kaufhaus Westens
G. m. b. H.
Berlin W 50, Tauenzienstr. 21-24

Tüchtige Verkäuferinnen
für
Parfümerien Korsetts Kleiderstoffe Leinen- u. Baumwollwaren
sofort gesucht.
Meldungen 12-2 Uhr mittags 3-6 Uhr abends.
A. Jandorf & Co.
Charlottenburg
Wilmerdorfer Straße 118-119.

Botenfrauen sofort gesucht!
Epedition W e r n e r
Greifswalder Straße 29
Lour. Postfachstr. 29
Epedition W a g k i
Choriner Straße 68

Gruppen-Versammlung
der im Verband der Bureau, Industrie und dem Verbands der Schreibmaschinenhändler beschäftigten Schreibmaschinen-Reparateure
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zur Kündigung des Tarifs.
2. Verhandlungsergebnisse.
3. Verschickener.
Berichtigung.
Ortskrankenkasse der Klempner.
Die Kasse der Klempner ist für die freimittler Mitglieder seit am Dienstag, den 30. August 1921 (1. September), nachm. 4 Uhr, im Verbandslokal, im Verbandslokal des Metallarbeiter-Verbands, Wilhelmstr. 33, in Betrieb. Die Ortsverwaltung.

Per sofort gesucht:
Kontoristinnen
jedoch nicht unter 17 Jahren.
Meldungen von 11-12 Uhr vormittags
Kaufhaus Westens
G. m. b. H.
Berlin W 50, Tauenzienstr. 21-24

Zur politischen Lage **Jetzt aktue!**
Karl Kautsky
Wie der Weltkrieg entstand
Preis 6.— Mark
Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2
Breite Straße 8-9
Auch in allen Filialen erhältlich

Per sofort gesucht:
Erste Verkäuferinnen
für
Taschentücher und Schürzen
Meldungen von 11-12 Uhr vormittags
Kaufhaus Westens
G. m. b. H.
Berlin W 50, Tauenzienstr. 21-24

Soeben erschien! **Soeben erschien!**
G. SINOWJEW
Die Kämpfe der Kommunistischen Internationale
(Bericht über die Tätigkeit der Exekutive der Kommunistischen Internationale, gegeben auf dem III. Weltkongress der Kommunistischen Internationale, Moskau, Juni 1921)
Inhalt: Einleitung — Die italienische Frage — Die französische Partei — Die tschechoslowakische Frage — Die skandinavischen Parteien — England und Amerika — Die übrigen Länder — Der nahe und der ferne Osten — Die Frauen- und die Jugendinternationale — Die künftigen Aufgaben der Exekutive — Schlusswort — Resolution zum Bericht des Exekutivkomitees
104 Seiten. Preis brosch. M. 1.50, geb. M. 6.—
Zu beziehen durch die
Verlagsbuchhandlung Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 11,
sowie durch alle Buchhandlungen und Organisationen der V. K. P. D.

Kleine Anzeigen
Verkäufe
Krausdruck verkaufte billig
Krausdruck, 2. 1.
Tapiete, wenig gebraucht,
verkauft billig. Ecke, Ecke
11/12 26.
Krausdruck, einmalige An
gebot, gute Exemplare zum
Verkaufen, von 200.— an, für
berühmte, Amerikaner, Was
nicht mehr, wer ich billig!
Krausdruck, 11/12, 11/12
Krausdruck 2.
Sechsmal, 11/12, 11/12, 11/12
eine, 60 bis 75 Wap. billig
als im Laden. Krausdruck
Krausdruck, 11/12, 11/12, 11/12
Krausdruck 2.
Möbel
Möbel, 11/12, 11/12, 11/12
berühmte, Amerikaner, Was
nicht mehr, wer ich billig!
Krausdruck, 11/12, 11/12, 11/12
Krausdruck 2.
Goldverkehr
Krausdruck, 11/12, 11/12, 11/12
berühmte, Amerikaner, Was
nicht mehr, wer ich billig!
Krausdruck, 11/12, 11/12, 11/12
Krausdruck 2.